

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	i. V. f. Herrn Bönisch
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	i. V. f. Herrn Dr. Wend
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Frau Dr. Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	i. V. f. Herr Wehrich
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Frau Sabine Ernst	Verwaltung	
Herr Prof. Dr. Dirk Furchert	Verwaltung	
Frau Simona König	Verwaltung	
Herr Volkhart Neutag	Verwaltung	
Frau Susanne Wildner	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Herr Marco Schreyer	Verwaltung	
Frau Sandra Sowoidnich	Verwaltung	
Frau Ursula Gallien	Verwaltung	
Frau Anne Timme	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	vertreten durch Frau Dr. Ulrike Wünscher
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	vertreten durch Herrn Dr. Fikentscher
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	vertreten durch Frau Dr. Brock

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, eröffnete die Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren 10 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, informierte darüber, dass die Tagesordnung um eine Beschlussvorlage zu ergänzen sei:

„Bestellung eines/r stellvertretenden Ausschussvorsitzende/n sowie einer Protokollführerin bzw. einer stellvertretenden Protokollführerin
Vorlage: V/2013/12122“

Die Vorlage wurde ohne förmliche Abstimmung auf die Tagesordnung aufgenommen.

Es gab keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgelegt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Beschlussvorlagen
- 3.1. Bestellung eines/r stellvertretenden Ausschussvorsitzende/n sowie einer Protokollführerin bzw. einer stellvertretenden Protokollführerin
Vorlage: V/2013/12122
4. Beratung zur Personalbedarfsplanung des Geschäftsbereiches Oberbürgermeister
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Beschlussvorlagen**

zu 3.1 **Bestellung eines/r stellvertretenden Ausschussvorsitzende/n sowie einer
Protokollführerin bzw. einer stellvertretenden Protokollführerin**
Vorlage: V/2013/12122

Es gab keine Wortmeldungen zur Beschlussvorlage. Es erfolgte eine Einzelabstimmung der zwei Beschlusspunkte:

Beschlusspunkt 1:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlusspunkt 2:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. **Der Ausschuss für Personalbedarfsplanung bestimmt Herrn Raik Müller zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.**
2. **Im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Personalbedarfsplanung bestellt der Oberbürgermeister Frau Anne Timme als Protokollführerin des Ausschusses für Personalbedarfsplanung und je nach Behandlung des Geschäftsbereiches folgende Mitarbeiterinnen:**

**GB OB Frau Gallien
GB I Frau Wätzel
GB II Frau Rensch
GB III Frau May-Lander
GB IV Frau Götschel
GB V Frau Traeger**

**als stellvertretende Protokollführerinnen des Ausschusses für
Personalbedarfsplanung.**

zu 4 **Beratung zur Personalbedarfsplanung des Geschäftsbereiches Oberbürgermeister**

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, schlug vor, dass die Verwaltung eine Einführung in die ausgereichten Unterlagen gebe.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, ob einzelne Stellen besprochen werden und äußerte zudem generelle Nachfragen zum Verfahren. Sie verwies auf den verspäteten Zugang der Unterlagen.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, unterbreitete den Vorschlag, dass sämtliche Fragen – soweit möglich – während der Sitzung beantwortet werden. Zudem sollten offene Fragen im Nachgang gebündelt von der Verwaltung beantwortet werden.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat ebenso um eine grundsätzliche Klärung zur Herangehensweise.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass allein Stellen der Beratungsinhalt seien und keine Namen genannt werden.

Herr Bürgermeister Geier gab eine Einführung in die ausgereichten Unterlagen. Der Stellenplan 2014 ist Bestandteil des Haushaltsplanes 2014. Der Ausschuss für Personalbedarfsplanung stellt einen Sonderausschuss im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2014 über die kw-Stellen dar.

Herr Bürgermeister Geier führte aus, dass in den verschiedenen Klausuren die gesetzten kw-Vermerke verifiziert werden sollen. Ein entsprechender Beitrag sei bis zum Jahr 2018 zu leisten. Durch Freiwerden der geplanten kw-Stellen sollen Impulse ausgelöst werden, um eine Neuausrichtung vorzunehmen und in einem überschaubaren Zeitraum zu entsprechenden Ergebnissen zu kommen. Hierfür bat **Herr Bürgermeister Geier** um eine gemeinsame und zielführende Diskussion zur Umsetzung.

Herr Bürgermeister Geier erläuterte mögliche Beispiele bei Stellenwegfall:

- Wegfall der Aufgabe
- Reduzierung von Standards bzw. Standarddiskussion
- Verlagerung von Aufgaben an Dritte (Hier wäre insbesondere im Bereich der Querschnittsaufgaben eine entsprechende Prüfung vorzunehmen.)
- Optimierung von Abläufen bzw. Schaffung von Transparenz (bspw. Softwarelösungen)
- Integration von E-Government in verschiedenen Bereichen mit dem Ziel der Kostenminimierung durch Optimierung elektronischer Vorgänge

Folgende Zielstellungen wurden durch **Herrn Bürgermeister Geier** benannt:

- Optimierung des Personals durch Neuausrichtung von Effizienz und Effektivität der Verwaltung
- Wegfall von parallelen Bearbeitungsschritten und Datenredundanzen

Im Anschluss an seine Ausführungen bat **Herr Bürgermeister Geier** um Diskussion der einzelnen Themen – bezogen nach Geschäftsbereichen.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., äußerte, dass es für eine Diskussion der Ziele und Standards notwendig wäre, dass dazu die einzelnen Fachkonzepte vorliegen. Zudem sei für sie nicht klar, über welche kw-Stellen konkret gesprochen werden soll. Sie bat um eine Erläuterung, ob es sich um die kw-Stellen handele, welche bis zum Jahr 2018 im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wirksam werden, oder um Stellen, welche grundsätzlich einen kw-Vermerk – unabhängig vom Wirksamwerden bis 2018 – erhalten haben.

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragte hinsichtlich des Wegfalls von Aufgaben nach den momentanen und den künftigen Standards. Als Beispiel führte **Herr Misch** den Bereich „offene Vermögensfragen“ an. Die Verlagerung von Aufgaben könne man nicht losgelöst betrachten, zumal er eine Bewertung als problematisch ansehe. Er sei zudem der Auffassung, dass die Verteilung der Aufgaben nicht in die Zuständigkeit des Stadtrates falle.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte nach, ob der Stellenplan mit den vorliegenden Unterlagen übereinstimme.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, welche Stellen für das Jahr 2014 hinzugekommen seien.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, äußerte, dass die kw-Setzung nicht mit der personellen Freisetzung und dem Aufgabenwegfall identisch sei.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, verwies in diesem Zusammenhang auf die Beschlussfassung des Stadtrates zur Bildung des zeitweiligen Ausschusses, um die Stellenproblematik grundsätzlich zu besprechen.

Herr Bürgermeister Geier bestätigte die Ausführungen von Herrn Krause und bekräftigte noch einmal, dass es gilt, eine gemeinsame Zieldiskussion zu führen. Er sehe zwei Möglichkeiten der Herangehensweise: Zum einen gebe es eine längerfristig angelegte aufgabenkritische Betrachtung in den einzelnen Bereichen und zum anderen die politische Zielvorgabe, welche eine bestimmte Anzahl an kw-Stellen bis zum Jahr 2018 vorgebe und dadurch Anreizimpulse schaffe.

Dies wurde von **Herrn Krause, Ausschussvorsitzender**, sowie **Herrn Müller, CDU-Fraktion**, bestätigt.

Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, führte aus, dass die kw-Stellen bereits seit über 10 Jahren im Stellenplan ausgewiesen seien. Er teile die Meinung von Herrn Misch, dass die Aufgabenverteilung in die Zuständigkeit der Verwaltung falle und nicht im Ausschuss entschieden werde.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, ob die kw-Vermerke durch Altersabgänge gedeckt würden.

Herr Bürgermeister Geier bemerkte, dass die altersbedingte Fluktuation zusätzlich erfolge. Er erläuterte beispielhaft Umsetzungsketten, welche ausschließlich personalwirtschaftliche Vorgänge darstellen.

Herr Misch, CDU-Fraktion, bat um die Kennzeichnung der kw-Stellen nach „alt“ und „neu“.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., kritisierte die seiner Ansicht nach schlechte Vorbereitung. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass Vollzeitkräfte Ressourcen hätten, um zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Er schlug vor, Benchmarks heranzuziehen. Zudem vermisse er eine produktbezogene Betrachtung, aus der man die finanzielle Zuordnung, Kennzahlen, Standards bzw. Optimierungsvarianten ableiten könne.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, schloss sich der Meinung von Herrn Dr. Meerheim an.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, verwies auf die Erfassungsbögen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bekräftigte noch einmal die Aussagen ihrer Vorredner, indem sie darauf hinwies, dass die Beurteilungen von Stelleninhalten sowie –auslastungen nicht Aufgaben der Politik seien.

Zur Klarstellung führte **Herr Krause, Ausschussvorsitzender**, aus, dass es gelte darüber zu befinden, welche Konsequenzen der Stellenwegfall habe.

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, erläuterte, dass es für sie in Vorbereitung der Beratung schwierig gewesen sei, eine Beurteilung der Aufgabenverteilung bzw. des -wegfalls vorzunehmen. Es sei nicht nachvollziehbar, inwieweit die Bereiche zusätzliche Aufgaben übernehmen können. Eine konkrete Bemessung sei nicht erfolgt.

Herr Müller, CDU-Fraktion, äußerte, dass zunächst ein Gesamtblick auf die Verwaltung erfolgen müsse. Anschließend sei dieser bis auf den Geschäftsbereich sowie die konkrete Stelle herunterzubrechen. Er sehe Schwierigkeiten in der Verfahrensabwicklung. Zudem sei für ihn nicht ersichtlich, welche Aufgaben wohin verlagert werden.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, wandte sich an die Ausschussmitglieder und erinnerte, dass man sich die Konsequenzen der Beschlüsse aus dem Personalausschuss vor Augen führen müsse. Wolle man eine langfristige Betrachtung analog der damaligen Fachkonzepte oder eine kurzfristige Benennung einer gewissen Stellenanzahl?

Herr Krause bat noch einmal darum, die Fragen aufzunehmen und deren Beantwortung schriftlich nachzureichen, sofern eine sofortige Beantwortung nicht möglich sei.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, wünschte sich eine inhaltliche Diskussion auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen und keine konzeptionelle oder umsetzungstechnische Debatte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand legte die Historie dar, wonach der Stadtrat bereits Anfang des Jahres 2013 eine Streichung von 16 Stellen per Beschluss zum Stellenplan ohne Aufgabenkritik vorgenommen habe. Durch die Stadträte wurde eine weitere Verschlanung der Verwaltung eingefordert. Im Ergebnis präsentiere man nun die Einsparmöglichkeiten seitens der Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass in einem ersten Schritt anhand der Stellen zu prüfen sei, inwieweit Doppelungen in der Gesamtverwaltung bestehen. Die damaligen Fachkonzepte seien veraltet, da die Bereiche sich weiter entwickelt haben.

In einem Vorschlag zur Verfahrensweise äußerte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass bei vorliegenden Bedenken seitens des Stadtrates oder des Personalrates keine kw-Setzung vorgenommen würde.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, widersprach **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** insoweit, dass der Stadtrat Anfang 2013 sehr wohl eine intensive Aufgabenkritik bei der Streichung der 16 Stellen vorgenommen habe und schlug folgende weitere Verfahrensweise vor: Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, solle ihre Anmerkungen zu den einzelnen kw-gesetzten Stellen im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters vortragen. Die Ausschussmitglieder folgten dem Vorschlag.

Stelle 010.1000.010 MA Partnerstädte

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, wann die kw-Setzung auf dieser Stelle wirksam werde bzw. wie mit den Städtepartnerschaften weiter verfahren werden soll.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, erklärte, dass derzeit ein Konzept zu Städtepartnerschaften erarbeitet wird, welches Ende dieses Jahres vorgestellt und in die Ausschüsse gebracht werden soll.

Stelle 010.1000.030 SB Repräsentation

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, begründete nochmal den Wegfall der Stelle analog der Ausführungen im Erfassungsbogen. Zudem teilte sie mit, dass in diesem Aufgabenfeld „Veranstaltungen“ bereits Überschneidungen mit dem Dienstleistungszentrum Veranstaltungen bestünden. Planungen von Veranstaltungen werden schon jetzt im DLZ Veranstaltung wahrgenommen.

Stelle 010.1000.050 MA Stadthaus

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., fragte nach, wie viele Stellen für das Stadthaus vorgesehen seien und ob eine Stelle allein für die Aufgabe bestehen bleiben könnte. In diesem Zusammenhang verwies sie auf die Frage der Sicherheit bei nur einer verbleibenden Mitarbeiterin im Stadthaus.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, wies auf die Neuordnung von Aufgaben im Zuge der Neuschaffung des Immobilienmanagements (FB 24) hin.

Stelle 010.4000.060 Assistenz strategische Steuerung

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor.

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragte nach der Belastungssituation im Bereich Strategische Steuerung und wie, diese Assistenzaufgaben auf die verbleibenden Mitarbeiter/innen im

Bereich OB verteilt werden sollen. Er schlug dafür die Streichung der Assistenz der Referenten vor.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., stellte parallel zu oben genannten Stellenstreichung die Neuordnung der Stelle „SB strategische Steuerung“ im Stellenplan fest. Er bat um Erklärung.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dieser Aufgabenverlagerung besser folgen zu können, wenn es ein Fachkonzept für den Bereich des Oberbürgermeisters gäbe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, erklärte, dass es für den Bereich des Oberbürgermeisters kein Fachkonzept gibt und auch nicht geben wird.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., stellte die generelle Frage, wie ein Teamleiter zwei Mitarbeiter leiten kann.

Herr Müller, CDU-Fraktion, nahm die Frage auf und fragte nach dem Sinn solche flachen Strukturen vorzuhalten.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass die Interpretation der Teamleiterfunktion nicht an der Anzahl der unterstellten Mitarbeiter festgemacht werden kann, sondern daran, wer die Verantwortung für die Aufgabe wahrnimmt.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, fragte, ob Vergleiche mit anderen Städten zum Bereich des Oberbürgermeisters herangezogen worden sind.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, antwortete, dass Städtevergleiche mit anderen OB-Büros stattgefunden haben und verwies auf den beigefügten Benchmark.

Stelle 013.0000.020 SB Gleichstellung

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor. Der Personalrat sprach sich gegen eine kw-Setzung aus.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, und **Frau Dr. Brock, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, baten um nähere Erläuterung zur geplanten Aufgabenverteilung bei kw-Setzung der „SB Gleichstellung (Beauftragte 013)“.

Stelle 010.0010.060 SB Haushalt

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor. Sie merkte an, dass die Begründung für den Wegfall der Stelle flächendeckend in der Verwaltung auftritt. Sie stellte die Frage nach einem Konzept für eine zentrale Buchhaltung.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., nahm die Frage nach einem vorliegenden Konzept für die zentrale Buchführung auf, da er ebenso eine erhöhte Aufgabenbelastung für den Fachbereich 20 wahrnimmt.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, verwies auf die Erstellung eines Konzeptes.

Herr Bürgermeister Geier, erläuterte, dass Aufgrund der Einführung der Doppik die zentrale Buchführung ein besonderes Thema im GB I geworden sei. Die Konzepterstellung erfolgt

derzeit und wird in den nächsten 14 Tagen dem Oberbürgermeister vorgelegt. Geplant sei, die zentrale Buchführung zum 01.01.2014 einzuführen.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob durch die hinzukommenden Aufgaben im FB Finanzen die kw-Setzungen im FB Finanzen wegfallen.

Herr Bürgermeister Geier verneinte diese Frage.

Stellen im Fachbereich Recht

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob alle Teams einen Teamleiter hätten.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter im Fachbereich Recht, antwortete, dass nicht alle Teams einen Teamleiter hätten, sondern auch Bereiche ihm direkt unterstellt seien.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., fragte, weshalb die Stelle „Teamleiter/in Service/Verwaltungsbibliothek“ im Stellenplan 2013 mit „0“ ausgewiesen sei.

Stelle 300.1020.040 SB Negativ-/Positivatteste

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor.

Herr Schreyer, amtierender Fachbereichsleiter im Fachbereich Recht, erklärte, dass die Stelle nach Aufgabenabarbeitung bei Bund und Ländern per gesetzliche Verordnung wegfallen wird. Demzufolge könnte der zeitliche Wegfall dieser Stelle noch nicht definiert werden.

Stelle 370.6200.010 TL Zivil- und Katastrophenschutz

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor.

Herr Banuscher, Personalrat, führte aus, dass die Zusammenführung der beiden benannten Teams, Katastrophenschutz und vorbeugender Brandschutz, angemessen wäre. Problematisch jedoch stellt sich die gegenseitige Ersetzbarkeit im Katastrophenschutz dar.

Herr L. Müller, amtierender Fachbereichsleiter im Fachbereich Sicherheit, begründete die kw-Setzung für diese Stelle analog der Begründung im Erfassungsbogen. Die Aufgaben des Katastrophenschutzes können auch durch andere Mitarbeiter der Verwaltung wahrgenommen werden. Derzeit würde der Katastrophenschutzplan überarbeitet. Darin sei vorgesehen Aufgaben des Katastrophenschutzes auf andere Bereiche der Verwaltung zu delegieren.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass diese Kw-Setzung im Stellenplan nicht ersichtlich sei.

Herr L. Müller, amtierender Fachbereichsleiter im Fachbereich Sicherheit, erklärte, dass diese Stelle erst im Nachgang kw-gesetzt wurde.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, sagte dem Ausschuss die Korrektur mittels eines Austauschblattes zum Haushaltsplanentwurf 2014 zu.

Stelle 370.4020.090 ZB Archivierung

Herr Banuscher, Personalrat, erklärte, dass die Stelle derzeit nicht besetzt sei und die Aufgaben seit einem Jahr durch die SB der Bußgeldstelle wahrgenommen werden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., stellte fest, dass die Stelle (gemäß Haushaltsplan) bereits zum 31.12. 2013 wegfallen sei. Er bat um Erläuterung des Wegfalls der Stelle im Stellenplan.

370.6200.040 SB Katastrophenschutz

Herr Banuscher, Personalrat, merkte an, dass es fraglich sei, dass aufgrund der Spezifik der Aufgabenstellung andere Mitarbeiter das Aufgabenspektrum abfedern könnten bzw. dass die Abrechnungsqualität des Rettungsdienstes darunter leiden könnte.

Herr L. Müller, amtierender Fachbereichsleiter im Fachbereich Sicherheit, sagte, dass die Aufgaben und Stellen in einem Team zusammengeführt werden sollen und somit eine Konzentration auf das Kerngeschäft erfolgen soll. Es gibt Bestrebungen, die Leitstellen zusammenzuführen.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., bat um Erläuterung der im Formblatt genannten Abkürzungen sowie um Erläuterung zum Aufbau und den Aufgaben des SAE-Stabes.

Stelle 370.1020.030 SB Haushalt

Frau König, Vorsitzende des Gesamtpersonalrates, trug die schriftlich vorliegenden Anmerkungen des Personalrates zu dieser Stelle vor.

Es wird auf die Ausführungen zur Stelle „SB Haushalt“ im GB OB verwiesen.

Stelle 370.2010.090 sowie 370.2010.100 Ermittler/in

Herr Banuscher, Personalrat, wunderte sich, dass entgegen den bisherigen Bestrebungen der Zentralisierung von Aufgaben, diese bisher erfolgreich zentral wahrgenommene Aufgabe nun wieder dezentralisiert werden soll.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, wer im Fachbereich Bildung nach Wegfall dieser Stellen die Aufgaben übernehmen soll.

Herr Banuscher, Personalrat, erklärte, dass durch die Zentralisierung Synergien entstanden seien, auch aufgrund der einheitlichen Datenbasis, die bei einer Dezentralisierung wegfallen würden.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, sagte eine Prüfung dieses Sachverhaltes im Rahmen einer internen Organisationsuntersuchung zu.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, stellte fest, dass auch an dieser Stelle, die kw-Setzungen im Stellenplan nicht mit den Formularen übereinstimmten und bat die kw-Setzungen anzupassen.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, sagte die Aktualisierung im Stellenplan zu.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, bat um Darstellung wo, trotz Zentralisierung der Ermittlertätigkeit, innerhalb der Verwaltung weiterhin diese Aufgaben wahrgenommen werden.

Stelle 370.3020.060 SB Anliegerpflichten sowie 370.3020.030 SB Straßenreinigung

Herr Banuscher, Personalrat, bemerkte, dass bei Stellenkürzungen im Fachbereich Sicherheit den Politessen immer weitere Aufgaben übertragen werden und sich dadurch eine immer höhere Belastung für die Mitarbeiter ergibt. Die Politessen können ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr vollumfänglich erfüllen.

Frau Nagel, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass der FB Sicherheit bereits der Fachbereich mit dem höchsten Krankenstand sei und dieser Tatsache sollte man Aufmerksamkeit schulden.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, stellte fest, dass die Aussagen des Personalratsmitgliedes Herrn Banuscher bislang nicht bekannt waren und bat um entsprechende Aufbereitung durch den Personalrat.

Herr L. Müller, amtierender Fachbereichsleiter im Fachbereich Sicherheit, sagte, dass hinsichtlich der Stelle „MA Anliegerpflichten“ festgestellt werden konnte, dass die meisten Beschwerden bereits im zuständigen Dienstleistungszentrum eingehen. Die Außendienstaufgaben – welche zu 50 % bestehen – werde an andere Kollegen im Außendienst übertragen. Unter anderem unterstützen Mitarbeiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung. Daher haben die Stellen der Politessen und Verwaltungsvollzugsbeamten keinen kw-Vermerk erhalten, da die Personalsituation bekannt ist.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE., bat um eine Aufstellung sämtlicher kw-Setzungen.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass sie den Ausschuss so wahrnehme, das im Ergebnis der Beratungen keine kw-Setzungen erfolgen. Sie stellte die Frage, welche Auswirkungen dies auf den Haushalt hätte.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass es einen Aufwuchs der Personalkosten bedeute, wenn die 250 kw-Vermerke nicht ausgebracht würden und dies nicht durch andere Stellen konsolidiert werden oder eine Kompensation durch Sachkosten erfolgen könne.

Frau Ernst, Büroleiterin des Oberbürgermeisters, schlug vor, die noch offenen Fragen direkt an Sie zu richten und sagte eine Beantwortung dieser Fragen bis Dienstag, 22. Oktober 2013, 18:00 Uhr, zu.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

zu 8 mündlichen Anfragen

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Krause, Ausschussvorsitzender, beendete die öffentliche Sitzung.

Für den nicht öffentlichen Teil lagen keine Beratungspunkte vor. Seitens des Ausschussvorsitzenden wurde vorgeschlagen, den nicht öffentlichen Teil nicht stattfinden zu lassen. Hierzu gab es einstimmige Zustimmung seitens der Ausschussmitglieder.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.12.13

Egbert Geier
Bürgermeister

Johannes Krause
Ausschussvorsitzender

Anne Timme
Protokollführerin